

Zeit zu Zeit neue Gehaltserhöhungen in Aussicht stellt, so weiß ich wahrlich nicht, wohin das am Ende noch führen soll, und wie die Steuerpflichtigen, die dadurch immer größer werdenden Lasten aufbringen sollen. Es klingt das Alles recht gut und schön, Gehaltserhöhungen und immer wieder Gehaltserhöhungen. Man hat auch gesagt, wenn man die Beamten besser bezahle, so würden sie auch mehr leisten; allein trotzdem findet man in den verschiedenen Departements nicht etwa die Beamtenzahl vermindert, sondern im Gegentheil nehmen die Beamten wie die Gehaltserhöhungen zu. Indes will ich dem hohen Justizministerium keinen Vorwurf machen, ich glaube, daß dasselbe eben nur soviel Beamten anstelle, als es in seinem Departement nothwendig bedarf.

Präsident Dr. Haase: Da Niemand weiter zu sprechen wünscht, so schließe ich die Debatte und werde dem Herrn Referenten das Schlußwort ertheilen. Der Herr Staatsminister hat zuvor das Wort begehrt.

Staatsminister Dr. v. Schinsky: Der ebenso gründliche als klare Bericht Ihrer geehrten Finanzdeputation setzt die hohe Kammer in den Stand, das Budget des Departements der Justiz bis in das kleinste Detail übersehen zu können. Ich bin der geehrten Finanzdeputation dafür zum lebhaftesten Danke verpflichtet, da es für mich von Interesse ist, daß die hohe Kammer in allen Punkten klar sehe. Aus dem Budget wird aber auch die Kammer abnehmen, daß Das, was ich auf dem außerordentlichen Landtage vom Jahre 1854 über das künftige Justizbudget gesagt habe, eingetroffen ist. Ich habe nämlich damals geäußert, daß durch die neue Behördenorganisation eine Position des Justizbudgets, nämlich die Position 17, Aufwand in Untersuchungs- und Bagabundensachen betreffend, steigen werde, indem, wenn der Staat die ganze Patrimonialgerichtsbarkeit übernehme, mit Rücksicht auf die darunter begriffene Criminalgerichtsbarkeit, jener Aufwand nothwendig wachsen müsse; dagegen habe ich auch wieder gesagt, daß eine Steigerung des Budgets im Uebrigen nicht eintreten werde. Nun werden allerdings jetzt 59,910 Thaler mehr als früher verlangt, darunter sind aber 20,000 Thaler bei der eben erwähnten Position 17 begriffen und außerdem werden 30,000 Thaler gefordert zur Aufbesserung der Gehalte der am niedrigsten besoldeten Beamten. Diese Summe der 30,000 Thaler ist nicht hervorgerufen durch die neue Behördenorganisation, es hätten diese 30,000 Thaler vielmehr auch gefordert werden müssen, wenn die Reorganisation der Unterbehörden nicht erfolgt wäre. Was aber die 20,000 Thaler mehr bei Position 17 anlangt, so muß ich doch auf Das verweisen, was die Deputation in ihrem Berichte auf Seite 295 sagt: Diese 20,000 Thaler sind hiernach nur ein Mehr im Budget, in der That aber, dem Lande gegenüber kein Mehr. Denn seit Eintritt der

monialgerichtsinhaber keinen Aufwand mehr in Untersuchungssachen zu tragen, ebenso haben die vormaligen Patrimonial- und Amtsunterthanen keinen Beitrag mehr zu bezahlen zu den Untersuchungskosten, denn ihre Verbindlichkeit zu deren subsidiärer Uebertragung ist da, wo eine solche bestand, seit Eintritt der neuen Behördenorganisation weggefallen. Rechnen Sie aber Das zusammen, was hiernach weggefallen ist, so werden Sie finden, daß das eine größere Summe, als jene 20,000 Thaler ausmacht. Daß nun das Alles so gekommen ist und daß ich somit in der Lage bin, mit diesem Budget vor die hohe Kammer treten zu können, das, meine Herren, ist allerdings für mich ein erfreuliches Ereigniß. — Ich erlaube mir nun einige Worte zu erwidern auf Das, was bis jetzt in der allgemeinen Debatte geäußert worden ist. Zunächst habe ich dem Abg. Falcke zu versichern, daß die Staatsregierung Alles thun wird, um die mit dem Hause Schönburg ob-schwebenden Verhandlungen zu einem baldigen Abschlusse zu bringen. Dem Abg. Niedel, welcher damit sich einverstanden erklärt, daß die Gehalte der Actuare erhöht werden sollen, ja selbst bereit sein würde, noch mehr für sie zu thun, habe ich bemerklich zu machen, daß nach dem Bericht 17,100 von den vorher erwähnten 30,000 Thalern zur Verbesserung der Gehalte der Actuare verwendet werden sollen und habe dem hinzuzufügen, daß außerdem von dem Sporteleinkommen noch mehrere 1,000 Thaler zu demselben Zwecke verwendet werden sollen. Ich glaube daher, daß wenigstens vor der Hand hier genug geschehen ist. Derselbe wünscht aber, daß in anderer Beziehung Ersparungen gemacht werden möchten, zum Beispiel durch Einziehung von Bezirksgerichten. Es ist bei anderer Gelegenheit schon geäußert worden, daß die Regierung diesen Punkt bereits ins Auge gefaßt habe, jedoch glaube, daß es noch nicht an der Zeit sei, eine Entschließung darüber zu fassen. Hiernächst hat auf Anfrage des Abgeordneten, wie es komme, daß bei den Appellationsgerichten der Berspruch der Civilsachen nicht ausreichend beschleunigt werde, bereits der Abg. v. Griegern geantwortet: ich füge noch hinzu, daß das Ministerium darauf hinwirken wird, daß in dieser Hinsicht eine noch etwas größere Beschleunigung stattfindet. Er erwähnte ferner, daß auch bei den Bezirksgerichten mitunter Säumnisse stattfänden. Darauf kann ich nichts erwidern, da mir Verzögerungen dieser Art nicht bekannt worden sind. Was nun die zweite Anfrage in Bezug auf die Pegauer Untersuchungssache betrifft, so hat darauf zwar schon der Abg. v. König geantwortet; ich will jedoch hierüber noch Folgendes bemerken: die aufrührerischen Ereignisse in Pegau vom 4., 5. und 6. Mai 1849 sind allerdings bedeutend gewesen. Nicht bloß ist bei dieser Gelegenheit der Justizamtmann Dr. Hauschild bedroht und gemißhandelt worden, er, der zur Ruhe und Besonnenheit ermahnte, sondern man hat auch bei der Volksversammlung vom 6. Mai zum Zuzuge aufgefordert, man hat Diejenigen, welche dem Zuzuge